

# Der aktuelle Fraktionsreport

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 37 • Landtagssitzung 18. - 19. November 2009

## Vom Regen in die Traufe

Auf Antrag der CDU wurde in der Aktuellen Stunde das Thema „**Finanzausstattung der Kommunen durch Sondervermögen des Landes stabilisieren**“ diskutiert. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass die Koalition nicht im Stande ist, Verantwortung für das Land zu übernehmen, dann haben sie ihn jetzt geliefert. Der von Rot-Schwarz beschlossene Kommunale Ausgleichsfonds reiht sich ein in eine Kette von politischen Entscheidungen, die scheinheilig, kurzfristig und auch bei noch so wohlwollender Betrachtung in keiner Weise hilfreich sind. Ministerpräsident Sellering und Innenminister Caffier mimten den Robin Hood für die in Not geratenen Kommunen. Aber diese Rolle nimmt ihnen niemand ab. Es hagelt nicht nur Kritik von den kommunalen Spitzenverbänden, auch der Bund der Steuerzahler erklärte sich unmissverständlich.

Bei vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern vor Ort ernten sie dafür nur ein Kopfschütteln. Der Steuerzahlerbund spricht zu Recht von unseriöser Haushaltsführung und davon, dass dieser Sonderfonds nichts anderes als ein „Schattenhaushalt“ ist. Aber viel wichtiger ist seine Forderung, dass die Aufgaben der Kommunen und deren Finanzierung im FAG berücksichtigt werden müssen. Genau das ist der Punkt. Meine Fraktion hat immer für eine aufgabengerechte Finanzausstattung im Rahmen des FAG plädiert. CDU und SPD haben es nicht vermocht, eine Reform auf den Weg zu bringen, die den Kommunen halbwegs stabile Einnahmen sichert. Sie haben trotz aller Proteste, ihre Augen-zu-und-durch-Politik betrieben. Sie sagen, sie würden die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Da haben sie Recht. Sie schicken sie vom

Regen die Traufe! Seit langem fordern die Kommunen eine Verstärkung der Finanzausstattung. Zu Recht. Das Land muss die Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich so gestalten, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen – die pflichtigen, aber auch die freiwilligen. Dieser Verantwortung ist die Große Koalition nicht nachgekommen und zaubert nun die Idee eines Ausgleichs- oder Stabilisierungsfonds aus dem Hut. Das macht aber doch nur dann Sinn, wenn auch das Land Geld in diesen Topf packt und die Kommunen in guten Zeiten finanzielle Mittel zurücklegen können. All das trifft auf Ihren Fonds nicht zu. Er ist

nichts anderes als eine Mogeelpackung. Auf den Schulden bleiben allein die Kommunen sitzen. Und das, obwohl sie die Situation nicht verschuldet haben und nicht zuletzt durch die Steuerpläne des Bundes wahrlich keine rosigen Aussichten haben. Das FAG hat den Kommunen keine Planungssicherheit gebracht und dieser Fonds tut es noch viel weniger. Während die Kommunen künftig zusätzliche Defizite aufbauen und sich weiter verschulden müssen, ist das Land fein raus. SPD und CDU gönnen dem Landeshaushalt weiterhin eine schwarze Null, während bei den Kommunen das Licht ausgeht.

**Helmut Holter**

## Hände weg von der Bodenreform

Die Debatte im Landtag zum Antrag „**Keine Revision der Ergebnisse der Bodenreform**“ hat die tiefe Spaltung der Regierungskoalition in dieser Frage deutlich gemacht. Nach emotional geführter Aussprache wurde der **Antrag abgelehnt**. Der Antrag, die Ergebnisse der Bodenreform zugunsten der Alteigentümer nicht anzutasten, sollte den bisher bestehenden Konsens der demokratischen Parteien stärken. Dies wäre vor dem Hintergrund der Revisionsabsichten der neuen Bundesregierung erforderlich. Während die CDU- und FDP-Fraktion den Alteigentümern Vorteile

verschaffen wollen, stehen SPD- und Linksfraktion auf dem Standpunkt, dass die Realitäten anerkannt werden müssen und nicht daran gerüttelt werden darf. Die SPD-Fraktion hat sich aber der Koalitionsdisziplin gebeugt und gegen ihre Überzeugung gestimmt. Ich warne vor der Absicht der Vertreter der Alteigentümer, die Geschichte zu ihren Gunsten umzuschreiben. Dies würde einen radikalen Kurswechsel bedeuten, der zu massiven Störungen des Rechtsfriedens und der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume führen würde.

**Prof. Dr. Fritz Tack**



Die Abgeordneten unterstützen den Protest gegen die Dienstverlängerung für Beamte um zwei Jahre.

## Unverschämte Ignoranz!

Es ist eine **unverschämte Ignoranz** der Koalitionsfraktionen, dass sie die **Dringlichkeit** unseres Antrages „**Studentenproteste ernst nehmen**“ nicht anerkannt und ihn nicht auf die Tagesordnung der Landtagssitzung gesetzt haben. Im Unterschied zu den

Bildungsministern der Länder und des Bundes, ja sogar der Bundeskanzlerin, weigert sich die Koalition, sich mit der Situation der Studierenden und der Lösung von Problemen zu beschäftigen.

**Prof. Dr. Wolfgang Methling**

## Daseinsvorsorge

Mit der **Ablehnung** unseres Antrages „**Keine Streichung von Steuerbefreiungen für kommunale Unternehmen**“ weigern sich die Koalitionsfraktionen, den geplanten Angriff der schwarz-gelben Bundesregierung auf die öffentliche Daseinsvorsorge abzuwehren. Nicht nur meine Fraktion, sondern auch der Deutsche Städtetag, Mietervereine und Verbraucherverbände haben auf die Auswirkungen verwiesen und sich deutlich dagegen positioniert. Wenn künftig kommunale Unternehmen genauso besteuert werden wie private, kommt es mit Sicherheit zu erheblichen Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger, weil die Gebühren etwa für Abwasser und Müll massiv steigen werden.

**Birgit Schwebs**

## Kulturlos?

Die **Ablehnung** unseres Antrages „**Entschließung – den kulturellen Aufgaben eine neue Gewichtung geben**“ macht erneut deutlich, welchen Stellenwert Kunst und Kultur bei der Großen Koalition genießen. Dabei geht es um die Frage, vor welchen neuen Aufgaben wir in der Kulturpolitik stehen. Die Städte, Kreise und Gemeinden haben ihre Verantwortung für die Sicherung der kulturellen Infrastruktur wahrzunehmen. Dafür brauchen Sie die notwendigen Mittel. Sonst drohen Schließungen von Einrichtungen und ein lebendiges Kulturleben vor Ort ist gefährdet.

**Torsten Koplín**

## Obst für Kinder

Mit der Begründung, die EU fordere einen zu großen bürokratischen Aufwand, will die Landesregierung das EU-Schulobstprogramm in M-V nicht umsetzen. Konsequenz wurde unser Antrag „**Kinder in M-V warten auf EU-Schulobstprogramm**“ von den Koalitionsfraktionen **abgelehnt**. Sollte die Umsetzung wegen des überdimensionierten bürokratischen Kontroll- und Abrechnungsverfahrens nicht möglich sein, sollte das Land ein eigenes Schulobstprogramm auflegen.

**Andreas Bluhm**

## Transfergesellschaft Werften

Für die Werften in Wismar und Warnemünde gibt es einen Investor, Aufträge sind aber nicht in Sicht. Mit Auslaufen der Transfergesellschaften zum Ende des Jahres drohte vielen der Werftarbeiter die Entlassung. Deshalb haben wir den Antrag „**Laufzeit der Transfergesellschaften verlängern**“ – bis Ende Juli 2010 auf die Tagesordnung gesetzt. Unser Anliegen deckte sich mit

## Nicht erledigt

Obwohl die Koalitionsfraktionen beteuern, das Anliegen unseres Antrages „**Keine weitere Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) und Heizung – zusätzliche Belastungen der Kommunen verhindern**“ inhaltlich mit zu tragen, haben sie ihn **abgelehnt** – er hätte sich erledigt, der Bundesrat sich bereits gegen eine Ansenkung positioniert. Aber unser Antrag

den Forderungen der Betriebsräte und der IG Metall. Wir wurden darüber informiert, dass eine Laufzeitverlängerung aus beihilferechtlicher Sicht nur bis Ende März 2010 möglich sei und uns wurde die Ablehnung unseres Antrages angekündigt. Die Verlängerung bis Ende März nächsten Jahres ist ein richtiger und notwendiger Schritt, deshalb haben wir unseren **Antrag zurückgezogen**.

**Helmut Holter**

ist nicht erledigt, denn die Bundesregierung braucht die Zustimmung des Bundesrates nicht. Er kann nur ein aufschiebendes Veto einlegen. Es hat sich bestätigt, dass die schwarz-gelbe Regierung der Forderung des Bundesrates nicht nachkommt. Die Kommunen hätten ein klares Nein der Landesregierung verdient, ihnen drohen wiederum massiv steigende Ausgaben – bei ohnehin klammen Kassen.

**Regine Lück**

## Armut wirksam bekämpfen

Die **Ablehnung** unseres Antrags „**Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung**“ ist nicht nachvollziehbar. Wir meinen: Armut und soziale Ausgrenzung sind inakzeptabel und müssen durch politisches Handeln wirksam bekämpft werden. Die Initiative der Europäischen Kommission, das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ auszurufen, sollte deshalb unterstützt werden. Sie hat das Ziel, soziale Notlagen, Ursachen, Risiken und Auswirkungen der Ausgrenzung von Menschen sowie Auswege

daraus in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken. Die Landesregierung sollte deshalb den Sozialausschuss noch im Dezember umfassend über das Konzept zur Umsetzung des Europäischen Jahres in M-V unterrichten. Um die Ziele des Europäischen Jahres zu erreichen, sollen u.a. zusätzliche zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Projekte mit Mitteln des Landes gefördert werden. Wir erwarten einen Zwischen- und einen Abschlussbericht zu den Ergebnissen.

**Barbara Borchardt  
Irene Müller**

## Weg mit der Wehrpflicht

Unser Antrag „**Wehrpflicht und Wehersatzdienste abschaffen – Freiwillige Sozialdienste umfassend stärken**“ wurde **abgelehnt**. Dabei ist die Zeit der Wehrpflicht und der Zwangersatzdienste vorbei, beide gehören abgeschafft. Notwendig ist dagegen

die Stärkung der Freiwilligen-Dienste, wobei die Betonung auf freiwillig liegt. Das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige ökologische Jahr sind Beispiele, wie das Engagement von jungen Menschen im Sinne der Gesellschaft gefördert werden kann.

**Peter Ritter**

## Mutterschutz

Unser Antrag „**Für eine Reform der Mutterschutzrichtlinie**“ wurde **abgelehnt**. Dabei ist aus Gründen des Gesundheitsschutzes die Schaffung europäischer Mindeststandards erforderlich. In Europa gibt es grundlegende Zustimmung u.a. für eine Verlängerung der Mutterschutzfrist, für mehr Flexibilität bei der Inanspruchnahme und die Einbeziehung der Väter. Die Umsetzung der Richtlinie ist zwar mit einer finanziellen Mehrbelastung für Arbeitgeber und Krankenkassen verbunden. Aber dieser Preis ist nicht zu hoch für mehr Sicherheit und Gesundheitsschutz für schwangere Frauen und junge Mütter, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und die Steigerung der Geburtenrate. Die Koalitionäre sind nicht bereit, bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht denkbar günstige Bedingungen für die Frauen und Männer in der Bundesrepublik zu aushandeln.

**Irene Müller**

## Demokratie

Mit der **Ablehnung** unseres Antrages „**Direkte Demokratie endlich auch auf Bundesebene einführen**“ wurde die Chance vertan, direkte Mitsprachemöglichkeiten zu stärken. Direkte Beteiligungsrechte ergänzen parlamentarische Demokratie und stärken das Engagement und die politische Willensbildung. 60 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes und auch wegen der grundsätzlich positiven Erfahrungen mit plebiszitären Elementen in der Verfassung von M-V halten wir es für angezeigt, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auch im Grundgesetz verankert werden.

**Barbara Borchardt**

**Impressum: Der aktuelle Fraktionsreport** wird herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V; Tel. 0385/5252500; E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de  
20. November 2009